

Anja Hecht

## **Jugendliche (berufs)orientierungslos im Dickicht der Ausbildungsstellenmarktkrise**

---

*Anja Hecht, geb. 1967 in Bielefeld, Studium der Pädagogik an der Universität Bielefeld: ist Jugendbildungsreferentin bei den Jungsozialisten im SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe.*

---

Auf den regionalen Ausbildungsstellen- und Arbeitsmärkten in der Bundesrepublik ist heute offensichtlich kein Platz mehr für Jugendliche. Sie kommen von der

Schule, sind voller Erwartung und Wünsche an einen sinnvollen Beruf, der ihrer Lebens- und Erwerbsbiographie entspricht, und finden sich oftmals direkt in der Arbeitslosigkeit wieder. Ein Zustand, mit dem mittlerweile nicht nur einige wenige konfrontiert werden, sondern der Großteil der jüngeren Generation. Die Konsequenzen, die die Ausbildungsmisere für die Jugendlichen mit sich bringt, sind gravierend. Es geht nicht nur darum, auf Biegen und Brechen in irgendein Ausbildungsverhältnis vermittelt zu werden, auch nicht darum, daß sich Jugendliche, wenn es gar nicht anders geht, in Berufsvorbereitungsmaßnahmen oder in alternativen Ausbildungszentren wiederfinden, sondern es geht schlicht darum, daß Jugendliche ein Recht auf eine ihren Ansprüchen und Wünschen gerecht werdende Berufsausbildung besitzen. Auch sie haben das Recht auf Berufswahlfreiheit.

### **Situation im dualen System der Berufsausbildung**

Die miserable Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist seit mehreren Jahren durch einen erheblichen Abbau von Ausbildungskapazitäten in nahezu allen Branchen auf der einen Seite sowie eine verstärkte Nachfrage von jugendlichen Schulabgängern in einigen wenigen Ausbildungsberufen auf der anderen Seite geprägt. Es gibt ein gravierendes Ungleichgewicht zwischen dem Angebot auf dem Ausbildungsstellenmarkt und den Berufswünschen der Schulabgänger.

Vor diesem Hintergrund sind im vergangenen Jahr erneut Stimmen laut geworden, die eine grundlegende Reform des dualen Ausbildungssystems fordern. Dabei werden unterschiedliche Ansätze verfolgt: Zum einen geht es um die grundsätzliche Finanzierung des dualen Systems, zum anderen aber auch um Ausbildungsverbünde, um den Einfluß des allgemeinbildenden Schulsystems auf die Berufsorientierung von Jugendlichen sowie um eine Umstrukturierung der Berufsschulen selbst. Und last but not least wird über neue Berufsbilder diskutiert.

Die Ursachen für die Krise des Ausbildungsstellenmarktes liegen zu einem erheblichen Teil in der Veränderung der globalen Rahmenbedingungen: in der Globalisierung der Märkte, der Internationalisierung der Unternehmen und dem Anwachsen des Dienstleistungssektors. Dies hat zu einem erheblichen Anpassungsdruck auf alle gesellschaftlichen Systeme geführt, einschließlich des Berufsbildungssystems. Die Unternehmen haben auf diesen Anpassungsdruck mit einem massiven Abbau der Arbeitsplatz- und der Ausbildungsplatzkapazitäten reagiert. Opfer dieser Entwicklung sind vor allem junge Menschen, die in ihrer individuellen Lebensplanung verunsichert werden, zumal sie auf diese Zusammenhänge keinen Einfluß nehmen können. Sie sind diejenigen, die keinen ihrem Wunsch und ihren individuellen Fähigkeiten entsprechenden Ausbildungsberuf wählen können, sondern sich an vorgegebene Bedingungen anpassen müssen. Sie müssen nehmen, was ihnen angeboten wird, um nicht arbeitslos zu werden. Dennoch ist die Ausbildung im dualen Berufsbildungssystem bei Jugendlichen nach wie vor gefragt. Allein 1996 wurden 575 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Traurig ist allerdings, daß diese Zahl den Bedarf nicht hinreichend deckt.

Das duale System sollte jedoch nicht im Kern in Frage gestellt werden. Es stellt seit Jahrzehnten einen wichtigen Standortfaktor dar, es sichert die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Es garantiert zudem die systematische Verbindung von Arbeiten und Lernen und sieben eine breite berufliche Grundbildung. Diese Faktoren sprechen trotz aller aktuellen Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt dafür, am System der dualen Ausbildung festzuhalten.

### **Ausbildungskonsens und Umlagefinanzierung: Zwei Ansätze zur Rettung des dualen Systems?**

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat im September 1996 in Kooperation mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitgeberverbände und der Industrie- und Handelskammern ein Positionspapier (Ausbildungskonsens) vorgelegt, das einen Beitrag zur Schließung der Ausbildungslücke leisten sollte. Es wurden regionale Konsensstellen eingerichtet, bei denen sich Jugendliche melden konnten, um in ein Ausbüdungsverhältnis vermittelt zu werden. Dieses Experiment muß jedoch als gescheitert angesehen werden. Nur ein geringer Teil der arbeitslosen Jugendlichen konnte mit Hilfe der Kontaktstellen tatsächlich vermittelt werden. Der Aufruf der Landesregierung, den Kontaktstellen zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, fand kaum Resonanz. Zum Jahresende 1996 waren in NRW noch immer 1789 Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz; ihnen wurde schließlich über die Konsensstellen ein außerbetriebliches Ausbildungsangebot unterbreitet.

Statt eines Ausbildungskonsenses fordern die Gewerkschaften und die Jusos eine überbetriebliche Finanzierungsregelung (Umlagemodell). Sie ist notwendig, weil die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, daß die Unternehmen ihre Entscheidung, ob und in welchem Umfang sie ausbilden, weder an gesamtwirtschaftlichen Kriterien noch an den Zukunftserwartungen junger Menschen ausrichten, sondern dabei nahezu ausschließlich einzelbetriebliche Kosten-Nutzen-Kalküle eine Rolle spielen. Die Unternehmen sind offensichtlich nicht bereit, sich ihrer Verantwortung für die betriebliche Ausbildung zu stellen.

Bei der Umlagefinanzierung geht es auch um eine gerechtere Kostenbelastung, um die Einbeziehung von Betrieben, die von der Ausbildung anderer profitieren, ohne sich selbst an den Kosten zu beteiligen. Angesichts der katastrophalen Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist staatliches Handeln dringend notwendig. Und dies gilt nicht nur für den Ausbildungsmarkt, sondern auch für den Arbeitsmarkt insgesamt. Denn ohne genügend qualifizierte Arbeitsplätze, ohne den Abbau der Arbeitslosigkeit würden die Probleme der Jugendlichen nur von der ersten Schwelle (von der Schule in die Ausbildung) auf die zweite Schwelle (von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit) verschoben.

Im Oktober 1997 hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Sicherung und Förderung der betrieblichen Berufsausbildung (Berufsausbildungsfinanzierungsgesetz) in den Bundestag eingebracht, der von der Koalition abgelehnt wurde. Ziel dieser Gesetzesinitiative ist es, ein bundesweit und regional auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot zu garantieren, einen gerechten Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nicht bzw. noch nicht im erforderlichen Umfang ausbildenden Betrieben sicherzustellen, einen überregionalen Ausgleich bei der Verteilung der Mittel zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu ermöglichen und neue Ausbildungsbereiche zu erschließen. Die Ausbildungsplatzabgabe soll nach den Vorstellungen der SPD zumindest die Kosten decken, die zur Schließung der voraussichtlich entstehenden Ausbildungsplatzlücke notwendig sind. Auf der anderen Seite sollen Arbeitgeber, die über den erforderlichen Bedarf hinaus ausbilden, Mittel aus diesem Fonds erhalten. Ferner sieht der Entwurf vor, daß kleine Betriebe, die durch die Ausbildungsabgabe in Existenznot geraten würden, von der Zahlungsverpflichtung befreit werden können. Eigene Berufsbildungsaufwendungen der Unternehmen sollen zudem auf die Zahlungsverpflichtung angerechnet werden.

Berechnungsgrundlage der Ausbildungsplatzabgabe ist die Nettowertschöpfung des jeweiligen Betriebes, die aus der Addition der Bruttoentgeltsumme der abhängig Beschäftigten und der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit ermittelt wird.

Weist ein Betrieb in dem betreffenden Jahr einen Verlust aus, wird dieser von der Bruttoentgeltsumme abgezogen. Dies hat den gewünschten Effekt, daß Betriebe, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, eine geringere Abgabe zahlen müssen. Zudem können bis zum Stichtag gemeldete, aber unbesetzt gebliebene Ausbildungsplätze bei der Berechnung der Ausbildungsleistung eines Arbeitgebers mitberücksichtigt werden. Dies erscheint schon deshalb sinnvoll, weil ein auch regional auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot vorgehalten werden muß - mit der Folge, daß nicht jeder angebotene Platz tatsächlich besetzt werden kann.

Dieser Gesetzesentwurf zielt auf die langfristige Sicherung des dualen Systems der Berufsausbildung - und zwar nicht nur im Hinblick auf seine Finanzierbarkeit, sondern auch im Hinblick auf die Sicherung eines größeren Berufswahlspektrums, Er nimmt die Arbeitgeber gesetzlich in die Pflicht, sich der Zukunftssicherung der nachwachsenden Generation endlich zu stellen.

### **Kosten der betrieblichen Ausbildung: Das Gegenargument der Arbeitgeber**

Das duale Berufsbildungssystem ist aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Dieses Abhängigkeitsverhältnis darf jedoch nicht - wie es viele Arbeitgeber tun - ausschließlich in den Vordergrund gestellt werden. Vielmehr muß Unternehmen, die aktuell mit konjunkturellen Schiefagen konfrontiert sind, der betriebliche Nutzen der internen Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte vor Augen geführt werden. In diesem Kontext sind in den letzten Jahren zwei aufschlußreiche Untersuchungen erschienen, die belegen, daß die betriebliche Ausbildung für die Unternehmen langfristig rentabler ist, als eine Rekrutierung von Fachkräften auf dem freien Arbeitsmarkt.<sup>1</sup>

Nach diesen Untersuchungen spart ein Betrieb, der seinen Nachwuchs selbst ausbildet, in erheblichem Umfang Kosten für die Einarbeitung eines über den Arbeitsmarkt angeworbenen Mitarbeiters bzw. für dessen Anpassungsqualifizierung an die betriebspezifischen Erfordernisse. Diese Kosten variieren zwar je nach Beruf und Qualifikationsniveau. Bei hochqualifizierten Facharbeiterberufen beispielsweise muß von einer halb- bis einjährigen Einarbeitungszeit ausgegangen werden, in der ein neuer Mitarbeiter nur 50 Prozent der Normalleistung erbringt. Hinzu kommt, daß ein Betrieb nur dann qualifizierte Fachkräfte abwerben kann, wenn er ihnen ein höheres Gehalt bieten kann. Personalchefs gehen hier von um 10 bis 15 Prozent höheren Personalkosten aus. Allein hierdurch entstehen Mehrkosten von etwa 4000 DM pro Jahr.<sup>2</sup> Hinzu kommen Personalbeschaffungskosten, etwa für Zeitungsanzeigen, Einstellungsgespräche etc. Für die Suche nach Auszubildenden muß ein Unternehmen hingegen in der Regel nur etwa ein Viertel der Kosten aufbringen, die durch die Suche nach Fachkräften entstehen. Von Bedeutung ist ferner, daß durch die Ausbildung besonders betriebsverbundene Fachkräfte gewonnen werden, wodurch sich entsprechend niedrige Fluktuationskosten ergeben. Ein weiterer, nachhaltiger Vorteil ergibt sich aus dem Imagegewinn von Ausbildungsbetrieben, der sich vor allem als Nachfragebonus auf dem externen Arbeitsmarkt niederschlägt.

### **Tendenzen im dualen Berufsbildungssystem**

Die Anzahl der Schulabgänger je Altersjahrgang wird bis zum Jahr 2005 auf etwa eine Million steigen. Bei gleichbleibendem Statusübergangsverhalten von Jugendli-

---

1 G. Cramer/K.-H. Müller. Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik. hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft. Köln 1994: R. Bardeleben/U. Beicht/K. Fehér. Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland. Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin 1994.

2 Vgl. Bardeleben u.a., S.19.

chen werden dann pro Jahr bundesweit rund 750 000 junge Menschen eine Berufsausbildung anstreben. Dies bedeutet, daß ab 1997 jedes Jahr ca. 12 000 zusätzliche Ausbildungsplätze notwendig sind.<sup>3</sup> Die Entwicklung 1996 zeigt jedoch, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen durch das Angebot nicht gedeckt werden konnte, daß also die Unternehmen ihre Kapazitäten nicht entsprechend dem Bedarf erweitert haben. Dies läßt für die nächsten Jahre eine weitere Verschlechterung befürchten.

Möglichkeiten, um diesem Mißstand zumindest im kleinen entgegenzutreten, sind die Erschließung der Potentiale von Unternehmen, die bisher nicht ausgebildet haben (Akquisition von Ausbildungsplätzen), die Entwicklung neuer Formen der Ausbildungsorganisation (Verbundausbildung bei artverwandten Berufen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen), die Ausweitung des beruflichen Voll/ritsch Uangebotes und dessen Qualitätssteigerung (Entlohnung, Prestige) sowie Maßnahmen für eine generelle Aufwertung der beruflichen gegenüber der allgemeinen Bildung.

### **Berufswahlverhalten von Jugendlichen**

In den vorangegangenen Abschnitten wurde die makropolitische Seite des Themas beleuchtet; im folgenden wird die individuelle Situation der Jugendlichen dargestellt. Das impliziert: Welche Ansprüche verfolgen Schulabgänger heute bei ihrer Berufswahl, in welchen Berufen siedeln sie ihre Erwerbsperspektiven an? Und: Lassen sich diese Perspektiven angesichts der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt umsetzen?

Aktuelle Studien im Bereich der Jugend- und Sozialforschung weisen darauf hin, daß sich die Orientierung von Jugendlichen in bezug auf die Berufswahl in den letzten Jahren nicht grundlegend verändert hat.<sup>4</sup> Verändert haben sich allerdings die Ansprüche von Jugendlichen an ihre Arbeit. Neben instrumentelle, d. h. auf Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit gerichtete, Kriterien treten zunehmend auch subjektive Ansprüche auf Selbstbestimmung und flexible Lebensgestaltung.<sup>5</sup> Motive für das Berufswahlverhalten Jugendlicher sind die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Interesse und Spaß an der beruflichen Tätigkeit, finanzielle Unabhängigkeit bzw. materielle Lebens- sowie eine Familienabsicherung.

Diese Motive werden im folgenden näher beleuchtet. Nur durch die Reflexion der Berufsorientierung der Jugendlichen läßt sich erklären, warum und wie sich heute die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und insbesondere die Nachfrage von Schulabgängern in ganz speziellen Berufsgruppen und Branchen darstellt

### **Sicherheit des Arbeitsplatzes als der Berufswahlfaktor Nr. 1**

Angesichts der zunehmenden Erwerbslosenquote der letzten Jahre erscheint es fast zwangsläufig, daß selbst junge Menschen dem Faktor Arbeitsplatzsicherheit heute höchste Priorität beimessen. Jugendliche sind von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen, da sie im Gegensatz zu erwachsenen Arbeitslosen in der Regel noch nicht über einen beruflichen Abschluß verfügen. Oftmals werden sie von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen.

---

3 H. Schmidt/M. Bergmann. Berufliche Bildung, m; Spektrum der Wissenschaft 3/97,5.30-35.

4 Vgl. K. Schober/Manfred Tessaring. Eine unendliche Geschichte. Vom Wandel im Biidungs- und Berufswahlverhalten Jugendlicher, in: Materialien der Bundesanstalt für Arbeit 3/1994.

5 W.-R. Heinz, Berufliche Bildung zwischen Wertewandel und betrieblicher Modernisierung, in: S. Liesering/ K. Schober u. a.. Die Zukunft der dualen Berufsausbildung, Fachtagung der Bundesanstalt für Arbeit. Beiträge AB. Band 186, Nürnberg 1994.

Viele Jugendliche, die nicht in eine Berufsausbildung vermittelt werden können - insbesondere Sonder- und Hauptschulabsolventen, aber auch verstärkt junge Frauen - weichen in eine schulische Warteschleife aus. Die hierauf zielenden schulischen Ausbildungsgänge haben sich angesichts der steigenden Jugendarbeitslosigkeit bereits zu einer weiteren Säule des Bildungssystems entwickelt. Hier werden Schulabgänger in ein- bzw. zweijährigen ganzschulischen Ausbildungsgängen weiter qualifiziert. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um soziale und kaufmännische Berufsgruppen, z. B. Bürogehilfen/innen, Erzieher/innen. Diese Zusatzqualifikationen führen jedoch im Regelfall nicht zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Absolventen, da die hier erworbenen Abschlüsse von den Arbeitgebern nicht als gleichwertig anerkannt werden. Selbst aus der Sicht der Jugendlichen dienen sie oft eher zur Überbrückung bis zu einer Ausbildung in einem Wunschberuf.

### **Problem des unzureichenden Bildungsniveaus von Sonderschul- und Hauptschulabsolventen**

Reflektiert man die Statistiken der regionalen Arbeitsämter in bezug auf die (Nicht-)Vermittlung der jugendlichen Schulabgänger, so wird deutlich, daß gerade Sonderschul- und Hauptschulabsolventinnen und Absolventen in doppelter Hinsicht von der Ausbildungsmisere betroffen sind. Zum einen werden von seiten der Unternehmen nicht dem Bedarf entsprechend Ausbildungsplätze angeboten, zum anderen werden von den Arbeitgebern gezielt Schulabgänger gesucht, die über ein spezifisches Bildungsniveau verfügen. In dieser Situation stellen Hauptschüler das Gros der Verlierer auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Hingegen zählen Abiturienten eher zu den Gewinnern der Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Sie sind in den letzten Jahren verstärkt in das duale System der Berufsausbildung gedrängt, um sich vor einem Hochschulstudium eine solide Grundausbildung zu verschaffen, auf die sie später möglicherweise zurückgreifen können, und haben so vor allem die Hauptschüler aus zukunftssträchtigen Berufen verdrängt, ohne daß diese ausweichen können.

### **Interesse und Spaß an der Berufstätigkeit**

Nach aktuellen Studien rangiert der Faktor Spaß und das spezifische Interesse am Beruf mit an oberster Stelle der relevanten Motive für die Berufswahl<sup>6</sup>, wobei zwischen jungen Frauen und Männern signifikante Unterschiede existieren: Während Frauen nach wie vor versuchen, Berufstätigkeit und Lebensplanung miteinander zu verbinden, sind für Männer eher „Karriere“ und „materieller Wohlstand“ wichtig. Spaß im Beruf spielt für sie nur eine untergeordnete Rolle.

### **Konsequenzen für das allgemeinbildende Schulsystem**

Eine Veränderung der desolaten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird - jenseits aller Diskussionen um eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten - auch an grundlegenden Korrekturen im allgemeinbildenden Schulsystem nicht vorbeikommen. Die Qualifikation eines erheblichen Teils der Schulabgänger - vor allem der Sonderschul- und Hauptschulabsolventen - hat nicht mit den in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Anforderungen Schritt halten können. Hier sind grundlegende Korrekturen erforderlich.

Ein Beispiel hierfür sind die bereits in einigen Hauptschulen erprobten Berufsorientierungskonzepte, durch die Schüler gezielt auf die Anforderungen im Arbeitsleben vorbereitet werden sollen. Im Rahmen der Berufsorientierungsphase (7. bis 9. Klasse) wird dort ein sogenannter „Berufsfahrplan“ für jeden Jugendlichen entwickelt. Dieser

---

6 Vgl. Liesering/Schober u. a., Zukunft.

Fahrplan wird nach der jeweiligen Entwicklungsstufe des Jugendlichen kontinuierlich fortgeschrieben. Er umfaßt Schnuppertage in den Betrieben und Hospitationen in den Berufsschulen. Diese Angebote werden gemeinsam mit den Jugendlichen, den Lehrern, der Berufsberatung und den Betrieben vor Ort entwickelt. Zielsetzung ist eine auf die individuellen Fähigkeiten und Wunschvorstellungen des einzelnen Jugendlichen zugeschnittene Berufsvorbereitung. Ein Projekt, das Schule machen sollte.

Darüber hinaus müssen die Berufsschulen selbst Eigeninitiative zeigen, indem sie z. B. den Hauptschulen sogenannte „Wunschzettel“ zukommen lassen, die die Schlüsselqualifikationen benennen, die von den späteren Auszubildenden gefordert werden, damit diese sich frühzeitig auf die an sie gestellten Anforderungen in Berufsschule und im Betrieb vorbereiten können. Zudem muß der Erfahrungshorizont der Berufsschulen für die Weiterentwicklung der Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen nutzbar gemacht werden. Insbesondere muß der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen ein höherer Stellenwert zugemessen werden.

Ein weiterer Vorschlag zielt auf die verstärkte Einbeziehung von mehr Praxiselementen in den Schulalltag. Hier wird beispielsweise darüber diskutiert, ob das 10. Schuljahr in die Betriebe und Berufsschulen ausgelagert werden soll („Berufs-orientierungsjahr“), wobei sich Praxis- und Theoriephasen abwechseln müßten. Die Schüler dieser Jahrgangsstufe sollen die Möglichkeit eingeräumt bekommen, in die Betriebe zu gehen und unterschiedliche Berufsbereiche kennenzulernen.

Ändern müßte sich aber auch das Qualifikationsprofil der Lehrer. Bereits in das Studium müßte das Fach Berufsvorbereitung integriert sein, damit die Lehrer fachlich in der Lage sind, Fragen der Berufsvorbereitung bzw. der Berufskunde - und das gilt für alle Schultypen - zu einem selbstverständlichen Teil ihres Unterrichts werden zu lassen.

## **Fazit**

Seit Jahren wird von Seiten der Politik, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber ausgiebig über die Misere im dualen System der Berufsausbildung diskutiert, doch bislang haben diese Diskussionen zu keinem grundlegenden Wandel geführt, weder in der Frage der Finanzierung noch in der einer grundsätzlichen Reform des dualen Berufsbildungssystems, geschweige denn in der einer flächendeckenden Integration von Berufsorientierungskonzepten in das allgemeinbildende Schulsystem. Die Diskussion verläuft ohne konkrete Zielvorgaben.

Nach wie vor drängen jugendliche Schulabgänger auf den Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt, ohne ausreichende Vorbereitung durch die Schule oder durch die Berufsberatung der Arbeitsämter. Und es werden immer mehr. Allein 1998 werden noch einmal weitere mehrere tausend Jugendliche auf den Markt strömen, zusätzlich zu denen, die bereits dieses Jahr nicht versorgt werden konnten. Es muß sich endlich etwas ändern. Modelle zur Überwindung der Ausbildungsmisere sind vorhanden, sie warten nur darauf, umgesetzt zu werden.